

# N i e d e r s c h r i f t S c h B A / V I I / 1 8

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 16.09.2009 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

## **Anwesend waren:**

### Der Ausschussvorsitzende

Kuhl, Horst

### Die Ausschussmitglieder

Haßler, Christa  
Hemker, Leo  
Isfort, Mechthild  
Kreutzfeldt, Klaus-Peter  
Mensing, Hartwig  
Neumann, Michael

Vertretung für Frau Josefa  
Fleige-Völker

Steindorf, Ralf  
Weber, Winfried

### Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

Enting, Hans-Jürgen	Rektor
Hahn, Andrea	Konrektorin
Kahlert, Alexander	Rektor
Müller, Josef-Karl	Rektor
Remke, Carsten	Pfarrer

### Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef	Bürgermeister
Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Isfort, Werner	Kämmerer
Fuchs, Maria	Schriftführerin

### Als Gäste zu TOP 2 und 3 ö.S.

Terwey, Helmut sen.  
Terwey, Mario jun.

## **Es fehlten entschuldigt:**

### Die Ausschussmitglieder

Fleige-Völker, Josefa

Die beratenden Mitglieder gem. § 12 Abs. 2 Schulverwaltungsgesetz

Banse, Otto	Pfarrer
Hambrügge, Hubert	Pfarrer

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:36 Uhr

## Tagesordnung

Vor Beginn der Sitzung begrüßte Ausschussvorsitzender Kuhl um 18.10 Uhr in der Aula der Antonius-Grundschule Darfeld die Mitglieder des Schul- und Bildungsausschusses, Herrn Pastor Banse, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Mario Terwey vom gleichnamigen Statikbüro, Herrn Helmut Terwey vom gleichnamigen Architekturbüro, Herrn Roß vom Planungsbüro für technische Gebäudeausrüstung, die Vertreter der Verwaltung sowie Frau Dircks von der Allgemeinen Zeitung.

Im Rahmen der Ortsbegehung wurde den Anwesenden durch Herrn Roß die neue Gasheizungsanlage sowie die Lüftungsanlage ausführlich vorgestellt. Fragen der Ausschussmitglieder wurden direkt beantwortet.

Anschließend erläuterten die Herren Terwey eingehend die durchgeführten und noch notwendigen Umbauarbeiten an der Aula sowie am Dachgeschoss der Antonius-Grundschule.

Um 19.20 Uhr eröffnete Ausschussvorsitzender Kuhl im Sitzungssaal die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses. Er begrüßte die Ausschussmitglieder, die anwesenden beratenden Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Herren Helmut und Mario Terwey, Frau Dircks von der Allgemeinen Zeitung sowie die Vertreter der Verwaltung.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 7. September 2009 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

### **1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### **2 Vorstellung des geplanten Umbaus des Verwaltungstraktes der Verbundschule Legden Rosendahl am Standort Osterwick Vorlage: VII/888**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage und begrüßte nochmals die Herren Helmut Terwey (Herr Terwey sen.) und Mario Terwey (Herr Terwey jun.).

Bürgermeister Niehues begründete ausführlich, was ihn dazu bewogen habe, diesen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Mit viel Beharrlichkeit habe man es zum Schuljahr 2009/2010 geschafft, die Verbundschule zu errichten. Nun müssten die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Verbundschule erfolgreich arbeiten könne. Es sei erforderlich, die notwendigen Klassen- sowie Fachräume zur Verfügung zu stellen. Er habe mit Rektor Enting gemeinsam ein Raumkonzept erarbeitet, das abgestimmt sei auf das pädagogische Konzept der jetzigen Verbundschule. Die Verbundschule sei im 5. Jahrgang vierzünftig gestartet. Somit benötige man am Standort Osterwick im Endzustand zur Unterbringung der Jahrgänge 7 – 10 voraussichtlich 16 Klassenräume. Es fehle jedoch an

Fachräumen. Die Schule benötige dringend einen dritten Fachraum und zwar einen Biologieraum als eigenständigen Raum. Herr Terwey habe eine Planung für den Umbau des Verwaltungstraktes, in dem auch die Fachräume untergebracht seien, erstellt, aus der man die notwendigen Änderungen entnehmen könne.

Herr Helmut Terwey sen. stellte anschließend die Planung für den Umbau des Verwaltungstraktes anhand von Plänen vor.

Rektor Enting erläuterte aus schulischer Sicht die Notwendigkeit für drei Fachräume. Die Situation sei die, dass in Kürze die Erprobungsstufe in Legden und die Mittelstufe vollständig in Osterwick untergebracht werden müssten. Möglicherweise sei bereits im kommenden Schuljahr die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe (Jahrgänge 7 – 10), für die die Fachräume eine besondere Rolle spielen, durch die Beschulung von Legdener Kindern in Osterwick so hoch, dass die Jahrgänge drei- bzw. vierzünftig seien. Hierdurch ergebe sich ein besonderer Fachraumbedarf. Ein Problem sei, dass zwar ein Physikraum vorhanden sei, dieser es aber aufgrund seiner fehlenden Größe nicht hergebe, dass dort 28 – 30 Schüler unterrichtet werden könnten. Durch den geplanten Umbau erhalte man die Möglichkeit, neben einem Physik- und einem Chemieraum einen zusätzlichen Biologieraum zu bekommen, der im Hauptgebäude (Verwaltungstrakt) untergebracht werde. Das Hauptgebäude biete sich deshalb an, weil der momentan dort befindliche Technikraum aufgrund sicherheitstechnischer Anforderungen verlegt werden müsse. Der Technikraum werde derzeit in den Osttrakt ausgelagert. Dort würden übergangsweise zwei Technikräume eingerichtet. Spätestens wenn die ersten Schüler nach der Klasse 6 aus Legden nach Osterwick kämen, werde der Fachraumbedarf noch größer. Die Schule benötige auf jeden Fall neben dem inzwischen neu eingerichteten Chemieraum noch neu in der notwendigen Größe zu schaffende und einzurichtende Räume für Physik und Biologie.

Ausschussmitglied Neumann fragte bezüglich der mit einer Stufenlösung geplanten Vergrößerung des Lehrerzimmers nach, ob der Schulleiter hier noch auf Augenhöhe mit den Lehrern bleiben könne. Diese Lösung sei nach seiner Auffassung eine bauliche und pädagogische Katastrophe.

Rektor Enting antwortete, dass zukünftig das eigentliche Lehrerzimmer der unten gelegene Raum sei. Dieser Raum sei deutlich größer als das bisherige Lehrerzimmer. Hier könne das gesamte Kollegium auf Augenhöhe tagen. Das bisherige Lehrerzimmer sei vorgesehen für die Nutzung als Teeküche und insbesondere für die Einrichtung von unbedingt notwendigen Lehrerarbeitsplätzen.

Fraktionsvorsitzender Weber äußerte sein Befremden darüber, dass bei der Diskussion über die Einrichtung der Verbundschule diese Maßnahme nicht diskutiert worden sei. Nach und nach würden nun angeblich notwendige bauliche Maßnahmen vorgestellt, die der Bürger bezahlen müsse. Er übte scharfe Kritik an dieser Vorgehensweise. Es gebe bei den Schulen Kennzahlen und er wünsche sich, dass man die baulichen Maßnahmen einmal anhand dieser Kennzahlen darstelle.

Bürgermeister Niehues wies diese Kritik zurück. Er habe oft genug deutlich gemacht, dass die Verbundschule nicht zum Nulltarif zu haben sei. Dass es notwendig sei, Umbaumaßnahmen durchzuführen, habe er nie abgestritten. Er habe immer wieder darauf hingewiesen, dass insbesondere auch energetische Maßnahmen durchgeführt werden müssten. Der Rat habe sich für die Verbundschule entschieden, nun müsse man auch die weiteren Maßnahmen durchführen. Er verwies auf die Gemeinden Ostbevern und Heek, die für ihre Verbundschulen große Investitionen in Millionenhöhe tätigen würden. Wenn man kein Geld in die Hand nehmen wolle, könne man die Verbundschule auch gleich wieder schließen.

Ausschussmitglied Neumann wies darauf hin, dass die vorhandene Toilettenanlage im Verwaltungstrakt nach dem hier zugrunde zu legenden Schlüssel auch für ein größeres Kollegium ausreichend sei.

Er könne die Aufgeregtheit von Bürgermeister Niehues verstehen, so Fraktionsvorsitzender Weber. Es gehe ihm jedoch nicht darum, gegen die Verbundschule ‚zu wettern‘. Es sei aber dringend notwendig, alle noch durchzuführenden Maßnahmen aufzulisten. Es müsse einen Plan geben, aus dem ersichtlich werde, wie der Endzustand aussehen solle.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt wies darauf hin, dass die SPD nach wie vor dagegen sei, dass die Gemeinde Rosendahl nach der Zweckverbandssatzung am Standort Osterwick die Kosten für die Fachräume für die Mittelstufe allein tragen müsse. Wenn die Gesamtschule in Coesfeld komme, dann habe man wahrscheinlich viel Geld für nichts ausgegeben. Den Legdenern bleibe bei dieser Variante genügend Geld übrig, um gemeinsam mit Ahaus das Gewerbegebiet auszuweiten.

Bürgermeister Niehues erinnerte daran, dass Legden darum gekämpft habe, die 10er Klassen zu bekommen. Das jetzige Modell sei jedoch das einzige Modell, das Sinn mache. Das Schulministerium gehe mit diesem Modell schon auf Werbetour. Man dürfe sich jetzt nicht beklagen, dass Rosendahl mehr Raum schaffen müsse. Schließlich sei Rosendahl auch größer als Legden und daher kämen auch mehr Schüler aus Rosendahl als aus Legden.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt entgegnete, dass Bürgermeister Niehues bei seinen Ausführungen einen ganz wichtigen Aspekt außer Betracht lasse. Schließlich trage die Gemeinde Rosendahl durch die Beschulung der Klassen 7 – 10 die Belastung für die Einrichtung der Fachräume alleine.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies darauf, dass im Rahmen der Planungsphase der Verbundschule Raumkonzepte vorgelegt worden seien. Diese seien seinerzeit mehrfach besprochen worden. Damals sei gesagt worden, dass die vorhandenen Räume ausreichend seien. Auch er sprach sich dafür aus, dass seitens der Verwaltung ein Konzept erarbeitet werde.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte nach, ob für die Planungen hinsichtlich der Kosten entsprechende Richtwerte herangezogen worden seien.

Herr Terwey sen. antwortete, dass er später noch auf die Gesamtkosten zu sprechen kommen wolle.

Ausschussmitglied Neumann erinnerte daran, dass die WIR-Fraktion vor einiger Zeit den Vorschlag gemacht habe, die Mensa in das Verwaltungsgebäude zu integrieren. Diese Lösung sei sicherlich die bessere gewesen. Darüber hinaus vermisse er in der Sitzungsvorlage Angaben über die Kosten. Ohne Daten und Zahlen könne man über die Maßnahme nicht diskutieren. Theoretisch könne man die Diskussion daher an dieser Stelle abbrechen.

Fraktionsvorsitzender Mensing erinnerte noch mal an das Raumkonzept. Der Technikraum solle nun nach den Ausführungen von Herrn Enting in den Osttrakt verlagert werden. Dadurch falle dann jedoch im Osttrakt entsprechender Raum weg. Er fragte nach, ob für den Fall, dass dieser Raum nicht übrig sei, eventuell noch ein Zusatzanbau kommen müsse.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass er heute noch nicht sagen könne, ob die Schule in sechs Jahren durchgängig vierzünftig geführt werde. Eventuell sei es dann notwendig, sich über einen Anbau für den Technikraum zu unterhalten. Diese Ent-

wicklung sei nicht ausgeschlossen.

Er habe deswegen gefragt, weil damit das Nutzungskonzept von Herrn Steiner (Büro Komplan) ad absurdum geführt werde, so Fraktionsvorsitzender Mensing. Damit der Rat der Gemeinde Rosendahl weiter planen könne, benötige man dringend eine konkrete Übersicht, welche baulichen Maßnahmen wann durchgeführt werden sollten.

Bürgermeister Niehues äußerte Verständnis für den geäußerten Wunsch.

Ausschussmitglied Haßler fragte hinsichtlich der Formulierung des Beschlussvorschlages nach, ob die Vorbereitungen bereits richtungsweisende Auswirkungen hätten.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin dass die Verwaltung ohne verabschiedeten Haushalt nichts auf den Weg bringen könne. Die Verwaltung müsse aber wenigstens wissen, ob man mit dem Konzept fortfahren könne. Wenn man nun warten müsse, bis der Haushalt verabschiedet und genehmigt sei, sei bereits März 2010. In diesem Fall verliere man ein ganzes Jahr, da jede Maßnahme mindestens sechs Monate Vorlaufzeit benötige, bevor mit der Baumaßnahme begonnen werden könne. Er erwarte heute Abend keine Entscheidung. Der Ausschuss solle lediglich heute Abend durch Vorlage der Planungen soweit informiert werden, dass man sich in den Fraktionen beraten könne. Er machte nochmals deutlich, dass die Schule unbedingt noch „auf Vordermann“ gebracht werden müsse.

Auf Nachfrage vom Fraktionsvorsitzenden Weber teilte Herr Terwey sen. mit, dass eine ganz normale Lüftungsanlage ohne Wärmetauscher vorgesehen sei. Er begründete ausführlich, warum dies hier im Gegensatz zur Lüftungsanlage an der Antonius-Grundschule Darfeld ausreiche.

Fraktionsvorsitzender Steindorf stimmte Bürgermeister Niehues hinsichtlich seiner Aussage zum weiteren Vorgehen nicht zu. Sofern der Ausschuss dem Beschlussvorschlag folgen würde, stimme man der Planung bereits heute zu und die Baumaßnahme würde damit so wie vorgeschlagen ihren weiteren Weg gehen. Da hier jedoch eine Entscheidung getroffen werden sollte, die mehrere Generationen betreffe, bitte er darum, dass der Beschlussvorschlag in den neuen Rat gegeben werde.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass er bereits signalisiert habe, dass eine Entscheidung heute Abend noch nicht getroffen werden müsse.

Ausschussmitglied Neumann teilte für die WIR-Fraktion mit, dass diese den Beschlussvorschlägen zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3 nicht zustimmen werde.

Ausschussmitglied Haßler teilte mit, dass die CDU-Fraktion jetzt nicht entscheiden könne, da noch wichtige Zahlen und Daten fehlen würden.

Fraktionsvorsitzender Weber wies nochmals darauf hin, dass er einen schriftlichen Masterplan wolle, der alle noch durchzuführenden Maßnahmen an der Verbundschule berücksichtige einschließlich eines ‚worst-case-Planes‘. Es müsse erkennbar werden, was alles noch zu tun sei.

Bürgermeister Niehues sagte zu, diesen Masterplan dem neuen Rat spätestens zu den Haushaltsplanberatungen vorzulegen.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt unterstützte die Ausführungen von Herrn Weber. Er fragte nach den energetischen Auswirkungen einer so großen Glasfläche, wie sie auf der Nordseite vorgesehen sei.

Herr Terwey sen. teilte mit, dass an der Fassade eine Dreifachverglasung mit einem k-Wert von 0,9 vorgesehen sei.

Anschließend stellte Herr Terwey sen. ausführlich die Kostenschätzung für die einzelnen Gewerke für die Umgestaltung des Verwaltungstraktes vor. Die Kostenschätzung ist dem Protokoll als **Anlage I** beigefügt. Er wies darauf hin, dass etwa 23.000 Euro eingespart werden könnten, wenn man auf die Dachverglasung verzichte.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragte nach, ob für den Fall, dass man auf das Lichtband verzichte, noch Kosten für die Beleuchtung der Aula hinzukämen.

Herr Terwey sen. bestätigte dies.

Fraktionsvorsitzender Mensing erläuterte, dass die vorgelegten Zahlen deutlich machen würden, warum sich die WIR-Fraktion so gegen das Projekt sträube. Die WIR-Fraktion wolle das Projekt zunächst einmal überprüfen. Es müsse die kostengünstigste Variante gewählt werden. Daher sollte die Verwaltung heute noch nicht beauftragt werden. Er wolle die Planungen mit in seine Fraktion nehmen. Der neue Rat müsse mitentscheiden über das Geld, was ausgegeben werden müsse. Zu den Kosten für das Gebäude kämen schließlich auch noch Kosten für die Einrichtung hinzu. Daher sei es wichtig, Informationen über das Raumkonzept zu erhalten. Von daher sei die einzige Möglichkeit, den Beschlussvorschlag abzulehnen bzw. zu vertragen bis zum nächsten Sitzungstermin.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte nach dem Einsparpotential im energetischen Bereich.

Architekt Terwey sen. teilte mit, dass diese Einsparungen noch nicht genau ermittelt worden seien. Man könne jedoch davon ausgehen, dass sich das Gebäude gegenüber dem jetzigen Zustand auf 80 – 90 % des Standards eines Neubaus verbessern werde.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte nach, ob er richtig verstanden habe, dass zukünftig 80 – 90 % der heutigen Heizkosten eingespart werden könnten.

Architekt Terwey sen. stellte klar, dass er von der Dämmhülle gesprochen habe und nicht von den möglicherweise einzusparenden Heizkosten.

Ausschussvorsitzender Kuhl wies darauf hin, dass es nicht so einfach zu berechnen sei, was man an Energie einsparen werde. Dazu benötige man weitere Angaben. Er fasste zusammen, dass die Diskussion zwei Dinge ergeben habe. Zum einen solle der neue Rat über die Umbaumaßnahme entscheiden. Zum anderen müsse der Wunsch von Herrn Weber auf Vorlage eines Masterplanes berücksichtigt werden. Er selber würde diesen Masterplan noch gerne um eine Zeitschiene ergänzt wissen.

Abschließend fasste der Schul- und Bildungsausschuss folgenden **Beschluss**:

Die Planungen werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Gesamtmaßnahmenplan für die Verbundschule für die nächsten Jahre zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**3 Sachstandsbericht zum Umbau der Grundschule Darfeld und Festlegung der weiteren Vorgehensweise zum Ausbau des Dachgeschosses  
Vorlage: VII/889**

Ausschussvorsitzender Kuhl verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte anschließend zunächst ausführlich den Sachstand zur Erneuerung der Heizungsanlage.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte nach, ob die Differenz zwischen den ursprünglich investiv veranschlagten Kosten für die Pelletheizung in Höhe von 151.500 Euro und den nun entstandenen Kosten für die Gasheizung in Höhe von 83.000 Euro im Haushalt eingespart worden seien.

Kämmerer Isfort bestätigte dies.

Fraktionsvorsitzender Weber fragte nach, warum die Heizungsanlage jetzt als Aufwand zu buchen sei. Die Aussage unter zu Punkt 1 Absatz 5 der Sitzungsvorlage, wonach die durchzuführende Maßnahme „aus verschiedenen Gründen“ als Aufwand abzuwickeln sei, sei ihm zu pauschal. Wenn tatsächlich Gründe vorlägen, so sollten diese konkret benannt werden.

Kämmerer Isfort wies zunächst darauf hin, dass es sich hier um ein grundsätzliches Thema handele. Er erläuterte hierzu, dass nach Aussage des Wirtschaftsprüfers die Maßnahme jetzt als Aufwand abgewickelt werden müsse. Hierauf sei er auch im Finanzzwischenbericht, der in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 24. September beraten werde, näher eingegangen.

Ausschussmitglied Haßler fragte nach, warum das Planungsbüro für technische Gebäudeausrüstung Roß mit dem Einbau der Gasheizung beauftragt worden sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass über das Projekt Mensa der Kontakt zwischen Herrn Seeger und dem Fachbüro Roß entstanden sei. Herr Seeger habe sich nun für die Erneuerung der Heizungsanlage der Dienste des Büros Roß bedient. Für die Gemeinde Rosendahl bleibe Herr Seeger aber Ansprechpartner.

Ausschussmitglied Haßler fragte nach, ob dies mit zusätzlichen Kosten verbunden sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil verneinte dies.

Fraktionsvorsitzender Weber erkundigte sich nach dem Ansprechpartner bei Gewährleistungsansprüchen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass Herr Seeger weiter Auftragnehmer sei und Gewährleistungsansprüche somit an ihn gestellt werden müssten.

Fraktionsvorsitzender Weber wies darauf hin, dass es nach seinem Kenntnisstand den Ratschlag für Kommunen gebe, besondere Subunternehmerverträge abzuschließen. Er fragte nach, wie sicher die Konstellation für die Gemeinde nun sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, dass er keine Bedenken sehe. Herr Seeger habe sich schließlich nur der Mithilfe von Herrn Roß bedient. Herr Seeger sei nach wie vor Ansprechpartner für die Gemeinde.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragte nochmals nach, ob ein „wasserfester“ Vertrag



mit Herrn Seeger abgeschlossen worden sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil bestätigte dies.

Ausschussmitglied Haßler fragte nach, ob die Aussage von Herrn Roß, dass der Hausmeister von seinem Büro aus die Heizungsanlage steuern könne, richtig sei oder nicht.

Herr Terwey sen. wies darauf hin, dass die Anlage derzeit noch nicht vom Hausmeisterbüro aus steuerbar sei. Momentan sei sie lediglich vom Keller aus steuerbar. Die Kosten für das zusätzlich benötigte Steuergerät beliefen sich auf 1.378 Euro. Dieses Steuergerät könne jederzeit geordert und dann im Hausmeisterbüro installiert werden. Eine Steuerung vom Hausmeisterbüro aus sei also machbar, koste aber extra Geld. Insofern sei von Herrn Roß nicht exakt geantwortet worden.

Ausschussmitglied Haßler stellte fest, dass sie von Herrn Roß belogen worden sei.

Rektor Kahlert wies darauf hin, dass die Kabel für die Heizungssteuerung bereits bis in den Hausmeisterraum gelegt worden seien, anschließend aber wieder entfernt worden seien. Daraufhin habe er mehrfach nachgefragt, ob die Heizung nun vom Hausmeisterraum aus steuerbar sei oder nicht. Ihm sei ebenfalls bestätigt worden, dass eine Steuerung vom Hausmeisterraum aus möglich sei.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte anschließend umfassend anhand der Sitzungsvorlage den Sachstand zur Umgestaltung der Grundschule.

Herr Terwey sen. ging anschließend nochmals auf das Thema Lüftungsanlage ein. Diese koste 25.000 Euro. Darüber hinaus erläuterte er nochmals die baulichen Maßnahmen, die aufgrund des Brandschutzkonzeptes erforderlich gewesen seien. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Büro Roß teilte er mit, dass die Zusammenarbeit nach Abschluss dieser Maßnahme beendet sei.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt nahm Bezug auf Punkt e) der Sitzungsvorlage. Hier gehe es ja um die Größe der Aula. Zwischen den Zeilen lese er, dass die Fläche überdimensioniert sei. Es stelle sich nun für ihn die Frage, bei welcher Personanzahl der Einbau einer Lüftungsanlage nicht nötig gewesen wäre. Anschließend nahm er Bezug auf Punkt g) der Sitzungsvorlage. Allgemeiner Vertreter Gottheil spreche hier immer von 72.000 Euro Kosten für 2010. Nach Aussage von Herrn Terwey sen. bei dem Ortstermin sei jedoch empfohlen worden, die Dachdämmung über den Winter zurückzustellen. Folglich könnten damit dann doch die zunächst vorgesehenen Kosten für die Dämmung von rd. 9.000 Euro eingespart werden.

Hier wies Allgemeiner Vertreter Gottheil darauf hin, dass statt dessen aber der Fußboden mit Dämmung hergestellt werden solle, dies sei weitgehend mit der Dachdämmung kostenneutral.

Zur ersten Frage von Herrn Kreuzfeldt erläuterte er, dass die Personenzahl für den Brandschutz nicht ausschlaggebend sei. Ausschlaggebend sei die Größe der Aula.

Herr Terwey sen. ergänzte, dass zur Bestuhlung 144 Stühle vorgesehen seien.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte weiter, dass die Aula 163 qm groß sei. Die Versammlungsstättenverordnung stelle nicht auf die vorgesehene Bestuhlung ab, sondern auf die Größe. Baurechtlich gesehen müsse die Versammlungsstättenverordnung angewandt werden. Diese sehe vor, dass pro qm 2 Personen Platz (nicht nur Sitzplätze) finden könnten. Hätte man die Aula nur um einige qm vergrößert, so wäre dies Problem auch bereits entstanden. Er wies weiter darauf hin, dass die An-

forderungen und Auflagen bei einem Umbau der Aula im Obergeschoss dieselben gewesen wären.

Fraktionsvorsitzender Weber betonte, dass die ganzen Probleme deshalb aufgetreten seien, weil man falsche Entscheidungen getroffen hätte. Für die wenigen größeren Veranstaltungen hätte man durchaus auch die Turnhalle nutzen können. Man sei nach seiner Auffassung planlos an das Projekt herangegangen. Besser wäre gewesen, wenn man im Vorfeld bereits das Brandschutzkonzept erstellt hätte.

Ausschussmitglied Haßler betonte die Notwendigkeit der Aula für die Antonius-Grundschule. Es sei nicht sinnvoll, bei Veranstaltungen mit den Kindern in die Turnhalle zu gehen. Schule sei heute nicht mehr dasselbe wie vor 30 Jahren.

Ausschussmitglied Neumann wies zu Punkt b) und c) der Sitzungsvorlage darauf hin, dass er keine Feuchtigkeit am Dach habe feststellen können. Die in der Sitzungsvorlage geschilderte Sachlage sei für ihn vor Ort nicht ersichtlich gewesen. Er sehe daher auch nach Rücksprache mit zwei Dachdeckermeistern keinen Handlungsbedarf. Man habe hier noch einige Monate Zeit und somit Zeit genug, ein vernünftiges Raumkonzept zu erstellen. Er wehre sich dagegen, diesen überdimensionalen Raum für die Grundschule ohne Konzept auszubauen.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt stellte fest, dass ihm zum Zeitpunkt der seinerzeitigen Beschlussfassung die echten Voraussetzungen nicht bekannt gewesen seien. Wenn er das heutige Wissen bereits damals gehabt hätte, wäre seine Entscheidung anders ausgefallen. Die Konsequenz daraus sei für ihn, dass der Rat eine komplette Raumplanung für das Gebäude benötige, da eine Menge Geld in das Gebäude gesteckt werde. Er bitte darum, ein komplettes Konzept für einen mittelfristigen Zeitraum zu bekommen.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte eine Nachfrage zum Punkt 2a) der Sitzungsvorlage, wonach der Gemeinderat beim Produkt Gebäudemanagement Finanzmittel in Höhe von insgesamt 554.400 Euro für verschiedene Unterhaltungsmaßnahmen an den gemeindlichen Gebäuden bereitgestellt habe. Soweit er sich erinnern könne, seien 90.000 Euro der Finanzmittel in Höhe von insgesamt 554.400 Euro mit einem Sperrvermerk versehen gewesen. Demnach müssten folglich 90.000 Euro weniger zur Verfügung stehen, somit 464.400 Euro.

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass dies bekannt gewesen sei. Dennoch sei es richtig, dass im Haushalt 554.400 Euro zur Verfügung stünden, wenngleich auch für einen Teilbetrag mit Sperrvermerk.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte nochmals klar, dass der Verwaltung nur ein finanzieller Spielraum von 464.000 Euro gegeben worden sei.

Fraktionsvorsitzender Weber stimmte den vorhergehenden Ausführungen von Herrn Kreuzfeldt zu. Auch er sprach sich für ein Gesamtkonzept für die Antonius-Grundschule Darfeld aus. Bezüglich der Schäden an der Decke über der neuen Aula würde ihn die Haftungsfrage interessieren.

Herr Terwey Terwey wies darauf hin, dass es sich um ein altes Gebäude handele. Die Hohlsteindecke habe bereits starke Korrosionserscheinungen gezeigt, da die Verarbeitungsqualität seinerzeit schlecht gewesen sei. Durch die Umbaumaßnahmen habe die Decke nun weitere Schäden erlitten, daher musste gehandelt werden. Es wurde entschieden, die Decke in diesem Bereich zu sanieren.

Herr Terwey sen. ergänzte, dass er froh darüber sei, dass die Schäden zu diesem frühen Zeitpunkt aufgetreten seien und nicht erst dann, wenn der Bauhof selbst tätig

geworden wäre. Die bauausführende Firma habe einen Preisnachlass ohne Schuld-  
anerkennnis gewährt.

Allgemeiner Vertreter Gottheil ergänzte, dass der Preisnachlass 4.000 Euro betra-  
gen habe. Der Firma sei keine Schuld nachzuweisen gewesen, dennoch habe die  
Firma den Preisnachlass gewährt. Er persönlich könne keinerlei Verschulden der  
Firma erkennen. Im Übrigen könne man froh sein, dass es so abgelaufen sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing erinnerte an die letzte Ratssitzung. Dort habe Bür-  
germeister Niehues zugesagt, dass das Thema „Deckenerneuerung“ in der nächs-  
ten Haupt- und Finanzausschusssitzung noch einmal besprochen werde. Auf der  
Tagesordnung für die nächste Haupt- und Finanzausschusssitzung sei dieser Punkt  
jedoch nicht vorgesehen. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass derjenige, der für  
die Statik zuständig sei, sich auch über den Zustand der Decke hätte informieren  
müssen.

Bürgermeister Niehues stellte klar, dass er in der letzten Ratssitzung bereits ver-  
sucht habe, den Sachverhalt darzustellen, soweit ihm dieser bekannt gewesen sei.  
Damals sei er davon ausgegangen, dass die heutige Schul- und Bildungsaus-  
schusssitzung nicht stattfinden werde. Deshalb habe er seinerzeit erklärt, dieses  
Thema in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung noch einmal aufzugrei-  
fen. Da der Sachverhalt aber heute ausführlich dargestellt worden sei, werde das  
Thema in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung nicht noch einmal auf-  
gegriffen.

Herr Terwey jun. erklärte, dass er versucht habe, bei der Gemeinde sowie beim  
Kreis eine geprüfte Statik von dem Gebäude zu bekommen, es gäbe jedoch weder  
bei der Gemeinde noch beim Kreis entsprechende Unterlagen. Fahrlässigkeit lasse  
er sich daher weder vorwerfen noch nachsagen. Auch der Baufirma sei keine Fahr-  
lässigkeit vorzuwerfen, da die Hohlsteindecke vor den Abbrucharbeiten abgestützt  
wurde.

Ausschussmitglied Neumann stellte klar, dass für ihn die Sicherheit der Schülerin-  
nen und Schüler im Vordergrund stehe. Dennoch wäre es erforderlich gewesen, im  
Vorfeld genauere Untersuchungen anzustellen.

Herr Terwey jun. stellte nochmals klar, dass vor über 50 Jahren schlampig gearbei-  
tet worden sei. Der Einbau der Hohlstein-Betondecke sei seinerzeit gängige Praxis  
gewesen, die Ausführung sei jedoch nicht ordnungsgemäß gewesen.

Fraktionsvorsitzender Weber vertrat die Auffassung, dass man sich im Vorfeld über  
den Zustand der Decke hätte informieren müssen.

Herr Terwey jun. betonte nochmals, dass die Deckenkonstruktion über 50 Jahre alt  
sei. Den Zustand hätte man weder von oben noch von unten sehen können. Eine  
absolute Prüfung gebe es schließlich nicht.

Ausschussvorsitzender Kuhl appellierte an die Ausschussmitglieder, sich nun wieder  
auf die Sachthemen zu beschränken.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies nochmals auf Punkt 2a) der Sitzungsvorla-  
ge. Hier werde ausgesagt, dass der Innenausbau durch den Hausmeisterpool an-  
gedacht sei. Er höre immer wieder, dass der gemeindliche Bauhof ausgelastet sei  
und dass die Hausmeister etliche Überstunden vor sich herschieben würden. Er  
könne sich daher nicht vorstellen, dass dieses Personal den Ausbau leisten könne.  
Daher würde er gerne wissen, welche Mitarbeiter des Bauhofes sowie des Haus-  
meisterpools noch Zeitkontingente frei hätten.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt sprach sich erneut für die Vorlage eines mittelfristigen Konzeptes aus. Ehe über den Beschlussvorschlag entschieden werden könne, solle das Konzept vorgelegt werden.

Ausschussvorsitzender Kuhl fasste zusammen, dass der Antrag nun also laute, die überplanmäßige Aufwendung und Ausgabe von 25.000 Euro bereitzustellen, um die Erneuerung des Daches und die damit verbundenen Arbeiten durchführen zu können. Darüber hinaus sollte aber erst ein Konzept vorgelegt werden, anhand dessen dann über die Bereitstellung von weiteren finanziellen Mitteln für den weiteren Ausbau des Dachgeschosses entschieden werden solle.

Kämmerer Isfort wies auf die haushaltsrechtlichen Auswirkungen des Beschlussvorschlages hin. Der Haushalt sei bindend für das ganze Jahr. Im Laufe des Haushaltsjahres eine außerplanmäßige Maßnahme zu beschließen, sei nur dann möglich, wenn die Notwendigkeit vorher nicht bekannt gewesen sei. Dies sei in diesem Fall somit nicht möglich. Deshalb müsse die Verwaltung wissen, ob sie Mittel in den Haushalt 2010 einbringen könne oder nicht. Es handele sich zunächst schließlich auch nur um einen Haushaltsentwurf, über den der Rat abschließend entscheide.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass für ihn klar sei, dass die Mittel im Entwurf veranschlagt werden müssten. Es sei seine Auffassung, dass vor Beschlussfassung über den Haushalt ein mittelfristiges Konzept vorliegen müsse.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass er die Erklärung von Kämmerer Isfort gerne in den Beschlussvorschlag aufgenommen haben wolle.

Bürgermeister Niehues schlug vor, den Beschluss wie folgt zu ergänzen: „Zu den Haushaltsberatungen ist ein mittelfristiges Nutzungs- und Maßnahmenkonzept für die Antonius-Grundschule Darfeld vorzulegen“.

Fraktionsvorsitzender Mensing stellte den Antrag, nur Punkt 1 des Beschlussvorschlages stehen zu lassen und über Punkt 2 nicht zu beschließen.

Ausschussvorsitzender Kuhl stellte nochmals klar, dass man für den Fall, dass keine Mittel in den Haushalt eingestellt werden würden, nicht im Laufe des nächsten Jahres hingehen und sagen könne, dass man diese Maßnahme nun doch durchführen wolle.

Bürgermeister Niehues schlug vor, in Punkt 2 die Summe herauszunehmen.

Abschließend ließ Ausschussvorsitzender Kuhl über den weitergehenden Antrag von Herrn Mensing, **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

#### 4 **Mitteilungen**

#### **4.1 Notwendige Vorkehrungen im Falle schwerer Gewalttaten an Schulen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Schulischer Umgang mit der Krise“. Diese habe am 8. September 2009 in der Grundschule Holtwick stattgefunden. An diesen Veranstaltungen hätten von allen Rosendahler Schulen die SchulleiterInnen, die stellvertretenden SchulleiterInnen, einige Lehrpersonen, die Schulhausmeister und Schulsekretärinnen sowie Vertreter der Offenen Ganztagsgrundschulen teilgenommen. Er habe als Vertreter des Schulträgers an der Veranstaltung teilgenommen.

Er teilte mit, dass Frau Michaela Peponis von der regionalen Schulberatungsstelle des Schulamtes des Kreises Coesfeld zu dem Thema ausführlich berichtet habe. Ein breites Themenfeld sei der schulinterne Umgang mit Krisensituationen gewesen. Ein weiterer größerer Baustein habe sich auch auf die notwendigen schulbaulichen Voraussetzungen bezogen. Seitens der Gemeinde Rosendahl als Schulträger seien noch folgende wesentliche Punkte zu beachten bzw. Maßnahmen durchzuführen:

1. eine Sprechanlage sollte in jeder Schule vorhanden sein;
2. jeder Lehrer sollte aus jedem Zimmer telefonieren können (z.B. mit einem Kartentelefon);
3. Klassenzimmer müssen von innen verschließbar sein;
4. alle Räume sind von innen und außen entsprechend zu kennzeichnen;
5. von allen Schulen sind entsprechende Lagepläne vorzuhalten und von der Polizei über den „Roten Ordner“ zur Verfügung zu stellen.

Die für die Durchführung der notwendigen Maßnahmen erforderlichen Haushaltsmittel sollten im Haushalt 2010 zur Verfügung gestellt werden.

#### **4.2 Erweiterung des DRK-Kindergartens Holtwick für die U3-Betreuung**

Bürgermeister Niehues teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass seitens des Landes für die Erweiterung des DRK-Kindergartens in Holtwick nunmehr 16 Plätze anerkannt worden seien. Die Höhe der Richtsatzkosten erhöhe sich somit auf insgesamt 320.000 Euro. Der DRK-Ortsverein erhalte von dieser Summe eine Landeszuwendung in Höhe von 288.000 Euro, somit 18.000 Euro mehr als zunächst erwartet. Der gemeindliche Zuschuss zu den Einrichtungskosten werde sich somit reduzieren.

Fraktionsvorsitzender Weber teilte mit, dass er das Land hinsichtlich der Höhe der Richtsatzkosten angeschrieben habe. Die schriftliche Antwort liege ihm noch nicht vor.

### **5 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO**

#### **5.1 Installation einer Rollstuhllampe - Herr Kreutzfeldt**

Ausschussmitglied Kreuzfeldt berichtete, dass an seiner Schule im Jahr 1988 eine Rampe für ein Rollstuhlkind installiert worden sei. Große Teile der Kosten seien vom Landschaftsverband übernommen worden. Zusätzliche Fördermittel habe man erhalten, weil die Schule Wahllokal sei. Er fragte nach, ob die Verwaltung geprüft habe, ob für die Installation der Rollstuhlrampe Zuschüsse beantragt werden könnten.

Bürgermeister Niehues sagte Überprüfung zu.

## **5.2 Sicherheitsvorkehrungen an der Schulbushaltestelle an der Sebastian-Grundschule Osterwick - Herr Steindorf**

Fraktionsvorsitzender Steindorf erinnerte daran, dass seitens der Schulpflegschaft der Sebastian-Grundschule angeregt worden sei, an der Bushaltestelle vor der Schule aus Sicherheitsgründen eine Haltelinie farblich zu markieren. Die Kinder sollten sich dann hinter dieser Haltelinie aufstellen können. Bislang sei jedoch seitens der Gemeinde nichts unternommen worden.

Bürgermeister Niehues sagte Überprüfung und kurzfristige Erledigung zu.

## **5.3 Zuschussbeantragung für den behindertengerechten Ausbau der Antonius-Grundschule Darfeld - Herr Neumann**

Ausschussmitglied Neumann regte an, für den notwendigen behindertengerechten Ausbau der Antonius-Grundschule Darfeld Zuschüsse beim Integrationsamt in Köln zu beantragen. Hierdurch könnte der Haushalt der Gemeinde entlastet werden.

## **6 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO**

### **6.1 Überprüfung von Abwasserleitungen - Herr Strahl**

Herr Strahl verwies auf § 61a Landeswassergesetz, wonach bei bestehenden Abwasserleitungen durch die Eigentümer eine Dichtheitsprüfung bis Ende 2015 durchgeführt werden müsse. Er fragte nach, was die Gemeinde hier veranlassen werde.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass derzeit im Hause ein Konzept erarbeitet werde, dieses werde voraussichtlich Anfang nächsten Jahres im Ver- und Entsorgungsausschuss vorgestellt.

-----

Ausschussvorsitzender Kuhl bedankte sich zum Ende der öffentlichen Sitzung bei den Ausschussmitgliedern sowie den beratenden Ausschussmitgliedern für die geleistete Arbeit sowie die gute Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren.

Es folgte eine Sitzungsunterbrechung von 22.20 Uhr – 22.25 Uhr.

Horst Kuhl  
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs  
Schriftführer/in